

**No. 41823**

---

**Portugal  
and  
Germany**

**Agreement between the Portuguese Republic and the Federal Republic of Germany  
on the mutual protection of classified information (with annex). Lisbon, 22  
December 2004**

**Entry into force:** *26 July 2005 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Portuguese*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Portugal, 30 September 2005*

---

**Portugal  
et  
Allemagne**

**Accord entre la République portugaise et la République fédérale d'Allemagne relatif  
à la protection mutuelle des informations classifiées (avec annexe). Lisbonne, 22  
décembre 2004**

**Entrée en vigueur :** *26 juillet 2005 par notification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et portugais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Portugal, 30 septembre  
2005*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen**  
**zwischen**  
**der Portugiesischen Republik**  
**und**  
**der Bundesrepublik Deutschland**  
**über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen**

**Die Portugiesische Republik  
und  
die Bundesrepublik Deutschland,**

im Folgenden "Vertragsstaaten" genannt –

in der Absicht, gemäß den von der Nordatlantikvertragsorganisation angenommenen Grundsätzen und Mindestmaßstäben für die Sicherheit die Sicherheit aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die von der zuständigen Behörde eines Vertragsstaates oder auf dessen Veranlassung eingestuft und dem anderen Vertragsstaat über die hierfür ausdrücklich ermächtigten Behörden oder Stellen zu dem Zweck, den Erfordernissen der öffentlichen Verwaltung zu entsprechen, oder im Rahmen anderer Vertragsinstrumente zwischen öffentlichen oder privaten Stellen beider Länder übermittelt werden,

in dem Wunsch, Sicherheitsmaßnahmen zu vereinbaren, die für alle Verhandlungen, Abkommen über Zusammenarbeit oder andere Vertragsinstrumente, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten sollen -

kommen wie folgt überein:

**Artikel 1  
Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit**

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens werden durch die im Folgenden genannten Rechtsnormen der Vertragsstaaten definiert:

a) In der Portugiesischen Republik ist der Begriff "Verschlusssache" durch Beschluss des Ministerrats wie folgt definiert:

Informationen, Nachrichten, Materialien oder Dokumente, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit Portugals, verbündeter Länder oder von Organisationen, denen Portugal angehört, gefährden kann.

**Eine Verschlusssache ist**

- i) **MUTO SECRETO**, wenn die Kenntnisnahme oder Preisgabe durch Unbefugte außergewöhnlich schwerwiegende Folgen für die Portugiesische Republik, verbündete Nationen oder für Organisationen, denen Portugal angehört, haben kann.
  - ii) **SECRETO**, wenn die Kenntnisnahme oder Preisgabe durch Unbefugte schwerwiegende Folgen für die Portugiesische Republik, verbündete Nationen oder für Organisationen, denen Portugal angehört, haben kann.
  - iii) **CONFIDENCIAL**, wenn die Kenntnisnahme oder Preisgabe durch Unbefugte für die Interessen der Portugiesischen Republik, verbündeter Nationen oder für Organisationen, denen Portugal angehört, schädlich sein kann.
  - iiii) **RESERVADO**, wenn die Kenntnisnahme oder Preisgabe durch Unbefugte für die Interessen der Portugiesischen Republik, verbündeter Nationen oder für Organisationen, denen Portugal angehört, nachteilig sein kann.
- b) In der Bundesrepublik Deutschland ist der Begriff "Verschlusssache" wie folgt gesetzlich definiert:

Verschlusssachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft.

**Eine Verschlusssache ist**

- i) **STRENG GEHEIM**, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte den Bestand oder lebenswichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden kann;

- ii) **GEHEIM**, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann;
- iii) **VS-VERTRAULICH**, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann;
- iiii) **VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH**, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann.

(2) Die Vertragsstaaten vereinbaren, dass die in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführten Geheimhaltungsgrade vergleichbar sind. Die Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

## Artikel 2

### Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsstaaten treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrads gilt.

(2) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrades **RESERVADO/VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH** finden Artikel 3, Artikel 4, Artikel 6 Absätze 1 bis 4 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

(3) Die Vertragsstaaten werden Verschlusssachen nicht ohne vorherige Zustimmung der Behörde, die die Geheimhaltung veranlasst hat, dritten Staaten oder internationalen Organisationen zugänglich machen und die Verschlusssachen ausschließlich für den angegebenen Zweck verwenden.

(4) Die Verschlusssachen dürfen nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren dienstliche Aufgaben die Kenntnis notwendig machen und die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung, die mindestens so streng sein muss wie die für den Zugang zu nationalen Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrads, zum Zugang ermächtigt sind. Für Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades CONFIDENCIAL/VS-VERTRAULICH oder höher ist in allen Fällen eine Sicherheitsüberprüfung durchzuführen.

(5) Die Vertragsstaaten sorgen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen.

### Artikel 3 Verschlusssachenaufträge

Beabsichtigt ein Vertragsstaat, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zu vergeben, oder beauftragt er einen Auftragnehmer in seinem Hoheitsgebiet, dies zu tun, so holt er zuvor von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates eine Versicherung dahingehend ein, dass der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Geheimhaltungsgrad sicherheitsüberprüft ist und über die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, dass das Geheimschutzverfahren des überprüften Auftragnehmers in Einklang mit den innerstaatlichen Geheimschutzvorschriften und -bestimmungen steht und von der zuständigen Regierungsstelle überwacht wird.

### Artikel 4 Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde hat sicherzustellen, dass jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Verschlusssachenauftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Geheimhaltungsgrad eingestuft wird. Auf Anforderung der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates teilt sie dieser in Form ei-

ner Liste die vorgenommenen Verschlussachen-Einstufungen mit (Verschlussacheneinstufungsliste). In diesem Falle unterrichtet sie gleichzeitig die Behörde des anderen Vertragsstaates darüber, dass der Auftragnehmer sich dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet hat, für die Behandlung von Verschlussachen, welche ihm anvertraut werden, die Geheimschutzvorschriften seiner eigenen Regierung anzuerkennen und gegebenenfalls gegenüber der zuständigen Behörde seines Staates eine entsprechende Erklärung abzugeben (Geheimschutzklausel).

(2) Soweit die für den Auftragnehmer zuständige Behörde eine Verschlussacheneinstufungsliste angefordert und erhalten hat, bestätigt sie den Empfang schriftlich und leitet die Liste an den Auftragnehmer weiter.

(3) In jedem Fall stellt die für den Auftragnehmer zuständige Behörde sicher, dass der Auftragnehmer die geheimschutzbedürftigen Teile des Auftrags entsprechend der Geheimschutzklausel als Verschlussache des eigenen Staates nach dem jeweiligen Geheimhaltungsgrad der ihm zugeleiteten Verschlussacheneinstufungsliste behandelt.

(4) Soweit die Vergabe von Verschlussachen-Unteraufträgen von der zuständigen Behörde zugelassen ist, gelten die Absätze 1 und 3 entsprechend.

(5) Die Vertragsstaaten sorgen dafür, dass ein Verschlussachenauftrag erst dann vergeben beziehungsweise dass an den geheimschutzbedürftigen Teilen mit den Arbeiten erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen beim Auftragnehmer getroffen worden sind oder rechtzeitig getroffen werden können.

## Artikel 5

### Kennzeichnung

(1) Die übermittelten Verschlussachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder auf ihre Veranlassung zusätzlich mit dem vergleichbaren nationalen Geheimhaltungsgrad gekennzeichnet.

(2) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlussachen, die beim Empfänger im Zusammenhang mit Verschlussachenaufträgen entstehen oder die vervielfältigt werden.

(3) Geheimhaltungsgrade werden nach Angabe der zuständigen Behörde des Ursprungsstaates geändert oder aufgehoben. Zur Durchführung dieser Änderung oder Aufhebung seitens der für den Empfänger der Verschlusssache zuständigen Behörde teilt die zuständige Behörde des Ursprungsstaates sechs Wochen im voraus ihre entsprechende Absicht mit.

## Artikel 6

### Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen grundsätzlich durch den diplomatischen oder militärischen Kurierdienst befördert. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie auf sicherem Wege an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können für ein genau bezeichnetes Vorhaben vereinbaren, dass Verschlusssachen bis einschließlich des Geheimhaltungsgrades SECRETO/GEHEIM auf anderem Wege übermittelt werden können, wenn die Beförderung auf dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg unmöglich ist oder zu unangemessenen Verzögerungen führen würde, die die Durchführung des Vorhabens gefährden.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muss

- a) der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen mindestens des vergleichbaren Geheimhaltungsgrads ermächtigt sein;
- b) bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;
- c) die Verschlusssache nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt sein;
- d) die Übergabe der Verschlusssachen gegen Empfangsbescheinigung erfolgen.



(4) Die für die versendende oder die empfangende Stelle zuständige Sicherheitsbehörde stellt in den in Absatz 2 genannten Fällen einen Kurierausweis aus, den der Befördernde mit sich führen muss.

(5) Für die Beförderung von Verschlussachen von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(6) Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads RESERVADO/VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH können an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mit der Post versandt werden.

#### Artikel 7

#### Besuche

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates wird im Hoheitsgebiet des zu besuchenden Vertragsstaates Zugang zu Verschlussachen sowie zu Einrichtungen, in denen an Verschlussachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender Erlaubnis der zuständigen Behörde des zu besuchenden Vertragsstaates gewährt. Sie wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang zu Verschlussachen ermächtigt sind.

(2) Besucher sind bei der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie einreisen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen anzumelden. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldung mit und stellen sicher, dass der Schutz personenbezogener Daten eingehalten wird.

**Artikel 8**

**Sicherheitsverstöße und Verdachtsfälle**

(1) Sicherheitsverstöße auf Seiten eines Vertragsstaates oder ein entsprechender Verdacht, bei denen eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, sind dem anderen Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen.

(2) Sicherheitsverstöße und Verdachtsfälle für solche werden von den Behörden und Gerichten des für den Tatort zuständigen Vertragsstaates nach dessen nationalen Vorschriften untersucht und verfolgt. Der andere Vertragsstaat ist über das Ergebnis zu unterrichten.

**Artikel 9**

**Kosten der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen**

Die den Behörden eines Vertragsstaates bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen entstandenen Kosten werden von dem anderen Vertragsstaat nicht erstattet.

**Artikel 10**

**Zuständige Behörden**

Die Vertragsstaaten unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

**Artikel 11**

**Verhältnis zu anderen Übereinkünften**

Zwischen den beiden Vertragsstaaten bestehende bereichsbezogene Übereinkünfte, mit denen der Schutz von Verschlusssachen geregelt wird, gelten fort, soweit ihre Bestimmungen nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

**Artikel 12**  
**Konsultationen**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nehmen von den im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates geltenden Sicherheitsbestimmungen Kenntnis.

(2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.

(3) Jeder Vertragsstaat erlaubt auch Sicherheitsexperten des anderen Vertragsstaates, immer wenn gegenseitiges Einvernehmen besteht, Besuche in seinem Hoheitsgebiet zu machen, um mit seinen Sicherheitsbehörden die Vorschriften und notwendigen Mittel zum Schutz von Verschlusssachen, die sie erhalten haben, zu erörtern.

(4) Jeder Vertragsstaat hilft den Experten des anderen Vertragsstaates bei der Beurteilung von Fragestellungen, die den angemessenen Schutz der ihnen übermittelten Verschlusssachen betreffen.

**Artikel 13**  
**Inkrafttreten und Revision**

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag des Eingangs der letzten schriftlich und auf diplomatischem Weg übermittelten Notifikation in Kraft, der zufolge die dafür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen beider Vertragsstaaten erfüllt sind.

(2) Von dem in Absatz 1 genannten Tag an finden die Bestimmungen des Abkommens auch auf Verschlusssachen Anwendung, die vor seinem Inkrafttreten ausgetauscht worden sind.

(3) Dieses Abkommen kann auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten revidiert werden. Die Änderungen treten gemäß Absatz 1 in Kraft.

**Artikel 14**  
**Geltungsdauer und Kündigung**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und bleibt so lange in Kraft, bis einer der Vertragsstaaten es unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten schriftlich und auf diplomatischem Weg kündigt.

(2) Im Fall der Kündigung sind die während der Geltungsdauer ausgetauschten sowie die auf anderen Vertragsinstrumenten basierenden Verschlussachen weiterhin nach den Bestimmungen dieses Abkommens zu behandeln, auch dann, wenn ihre Übermittlung nach der Kündigung des Abkommens durch einen der beiden Vertragsstaaten erfolgt.

**Artikel 15**  
**Registrierung**


Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet dieses Abkommen unterzeichnet wird, veranlasst unverzüglich nach seinem Inkrafttreten die Registrierung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und unterrichtet den anderen Vertragsstaat unter Angabe der Registrierungsnummer über den Abschluss dieses Vorgangs.

Geschehen zu Lissabon am 22. DEZEMBER 2004 in zwei Urschriften, jede in portugiesischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Portugiesische Republik



Für die  
Bundesrepublik Deutschland



**Anlage zum Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der  
Bundesrepublik Deutschland über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen**

Gemäß Artikel 1 Absatz 2 sind folgende Geheimhaltungsgrade in den Vertragsstaaten  
vergleichbar:

Portugiesische Republik  
MUITO SECRETO  
SECRETO  
CONFIDENCIAL  
RESERVADO

Bundesrepublik Deutschland  
STRENG GEHEIM  
GEHEIM  
VS-VERTRAULICH  
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

[ PORTUGUESE TEXT — TEXTE PORTUGAIS ]

**Acordo**  
**entre**  
**a República Portuguesa**  
**e**  
**a República Federal da Alemanha**  
**sobre Protecção Mútua de Matérias Classificadas**

A República Portuguesa

e

a República Federal da Alemanha

doravante designados como Estados Contratantes

Tencionando, em conformidade com os princípios básicos e os padrões mínimos de segurança adoptados pela Organização do Tratado do Atlântico do Norte, garantir a segurança de todas as matérias que tenham sido classificadas pela autoridade competente de cada Estado Contratante, ou por solicitação desta, e que tenham sido transmitidas para o outro Estado Contratante através das autoridades ou organismos expressamente autorizados para esse efeito, quer para o cumprimento das atribuições da administração pública, quer no quadro de outros instrumentos contratuais envolvendo entidades públicas ou privadas de ambos os países;

Desejando estabelecer medidas de segurança aplicáveis a todas as negociações, acordos de cooperação ou outros instrumentos contratuais que impliquem troca de matérias classificadas;

Acordam no seguinte:

Artigo 1º  
Definições e Equivalências

1. No âmbito do presente Acordo, as matérias classificadas são definidas pelas normas jurídicas dos Estados Contratantes, como se segue:

a) Na República Portuguesa, o termo “Matérias classificadas” é definido por Resolução do Conselho de Ministros, significando a informação, notícia, material ou documento que, se for do conhecimento de indivíduos não autorizados, pode fazer perigar a segurança nacional, a dos países aliados ou de organizações de que Portugal faça parte, e são:

i) MUITO SECRETO se o seu conhecimento ou divulgação, por pessoas não autorizadas, puder implicar consequências excepcionalmente graves para a República Portuguesa, nações aliadas ou para organizações de que Portugal faça parte;

ii) **SECRETO** se o seu conhecimento ou divulgação, por pessoas não autorizadas, puder ter consequências graves para a República Portuguesa, nações aliadas ou para as organizações de que Portugal faça parte;

iii) **CONFIDENCIAL** se o seu conhecimento ou divulgação, por pessoas não autorizadas, puder ser prejudicial aos interesses da República Portuguesa, nações aliadas ou para as organizações de que Portugal faça parte.

iiii) **RESERVADO** se o seu conhecimento ou divulgação, por pessoas não autorizadas, puder ser desfavorável aos interesses da República Portuguesa, nações aliadas ou para as organizações de que Portugal faça parte.

b) Na República Federal da Alemanha, o termo “matérias classificadas” é definido por lei, significando os factos, objectos ou revelações que, independentemente da forma como são apresentados, deverão ser salvaguardados no interesse público. Serão classificadas, por um organismo oficial ou a solicitação deste, de acordo com a protecção que necessitam e são:

i) **STRENG GEHEIM**, se o seu conhecimento, por pessoas não autorizadas, puder causar ameaça à existência ou a interesses vitais da República Federal da Alemanha ou a qualquer dos seus Estados;

ii) **GEHEIM**, se o seu conhecimento, por pessoas não autorizadas, puder constituir ameaça à segurança da República Federal da Alemanha ou a qualquer dos seus Estados, ou se puder causar danos graves aos seus interesses;

iii) **VS-VERTRAULICH**, se o seu conhecimento, por pessoas não autorizadas, puder causar danos aos interesses da República Federal da Alemanha ou a qualquer dos seus Estados;

iiii) **VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH**, se o seu conhecimento, por pessoas não autorizadas, puder ser desfavorável aos interesses da República Federal da Alemanha ou a qualquer dos seus Estados.

2. Os Estados Contratantes acordam que as classificações de segurança tenham as equivalências constantes do Anexo. O Anexo é parte integrante deste Acordo.

## Artigo 2º Medidas ao Nível Nacional

1. Os Estados Contratantes adoptam, de acordo com as respectivas legislações nacionais, todas as medidas apropriadas para proteger as matérias classificadas transmitidas nos termos do presente Acordo ou produzidas pelo adjudicatário, no âmbito de um contrato classificado. Os Estados Contratantes proporcionam a essas matérias classificadas um grau de protecção que seja pelo menos igual ao que é atribuído nos termos das disposições nacionais que regem a segurança das suas matérias classificadas com um grau de classificação de segurança equivalente.



2. Às matérias classificadas no grau RESERVADO/VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH não se aplicam os artigos 3º, 4º, 6º números 1 a 4 e o artigo 7º, a seguir enunciados.

3. Os Estados Contratantes não divulgarão as referidas matérias classificadas a países terceiros ou a organizações internacionais sem autorização prévia da autoridade que atribuiu a classificação e apenas utilizarão as matérias classificadas para os fins a que foram destinadas.

4. O acesso às matérias classificadas será limitado às pessoas que necessitem de as conhecer, para o desempenho das suas funções oficiais e que, depois de serem possuidoras de uma credenciação de segurança, estejam autorizadas a ter acesso a essas matérias classificadas, segundo padrões de exigência não inferiores aos que se aplicam para acesso às matérias classificadas nacionais, com um grau de classificação de segurança equivalente. As pessoas que tenham acesso às matérias classificadas CONFIDENCIAL/VS-VERTRAULICH ou superior terão, em todos os casos, que ser titulares de uma credenciação de segurança.

5. Os Estados Contratantes devem, no seu território, assegurar-se de que são efectuadas as inspecções de segurança necessárias e de que é dado cumprimento às normas de segurança.

### Artigo 3º

#### Instrumentos Contratuais Classificados

Se um dos Estados Contratantes tencionar celebrar um instrumento contratual classificado com um adjudicatário situado no território do outro Estado Contratante, ou encarregar dessa acção outro organismo situado no território do primeiro terá, previamente, de se certificar, junto da autoridade competente do outro Estado Contratante, de que esse adjudicatário está credenciado no grau de classificação de segurança adequado e que reúne as condições para poder proporcionar a necessária protecção às matérias classificadas. Essa certificação abrange o compromisso de garantir que os procedimentos de segurança a aplicar pelo adjudicatário credenciado estão em conformidade com as normas e as disposições de segurança nacionais e que são fiscalizados pela entidade governamental competente.

### Artigo 4º

#### Execução de Instrumentos Contratuais Classificados

1. A autoridade responsável pelo adjudicador deverá assegurar-se de que são atribuídas classificações de segurança a todas as matérias classificadas, transmitidas ou produzidas no âmbito de um instrumento contratual classificado. A pedido da autoridade do outro Estado Contratante, responsável pelo adjudicatário, a autoridade responsável pelo adjudicador fornecer-lhe-á uma lista contendo as classificações de segurança atribuídas às matérias classificadas (Lista de Classificação de Segurança).

Neste caso, informará simultaneamente a autoridade competente do outro Estado Contratante relativamente ao compromisso do adjudicatário em relação à entidade adjudicadora. O adjudicatário, ao manusear as matérias classificadas que lhe foram confiadas, observará as normas de segurança do Governo do seu país e, se necessário, fará uma declaração nesse sentido (Cláusula de Salvaguarda de Segredo) dirigida à autoridade competente do seu país.

2. Se a autoridade responsável pelo adjudicatário solicitou e recebeu uma “Lista de Classificação de Segurança”, deverá confirmar por escrito a recepção e remetê-la para o adjudicatário.

3. A autoridade responsável pelo adjudicatário deverá, em qualquer caso, assegurar-se de que, para cumprimento da Cláusula de Salvaguarda do Segredo, os itens do instrumento contratual que requeiram protecção de segurança sejam tratados pelo adjudicatário como matérias classificadas do seu próprio país, em conformidade com a classificação respectiva, constante da “Lista de Classificação de Segurança”, que lhe foi remetida.

4. Nos casos em que for permitida, pela autoridade competente, a adjudicação de subcontratos classificados aplicar-se-ão, “mutatis mutandis”, os números 1 a 3 deste artigo.

5. Os Estados Contratantes assegurar-se-ão que um instrumento contratual classificado não seja adjudicado, assim como o trabalho relacionado com os itens que requerem protecção de segurança não seja iniciado, sem que as medidas de segurança necessárias tenham sido implantadas pelo adjudicatário, ou que venham a verificar-se em tempo útil.

#### Artigo 5º Classificação

1. As matérias classificadas transmitidas serão adicionalmente classificadas pela autoridade responsável pelo destinatário dessas matérias, ou a pedido dessa autoridade, com a classificação de segurança nacional equivalente.

2. As matérias classificadas, relacionadas com instrumentos contratuais classificados, produzidas ou reproduzidas pelo destinatário, serão também classificadas.

3. As matérias classificadas serão reclassificadas ou desclassificadas, por indicação da autoridade competente do Estado Contratante onde foram produzidas. Para a efectivação desta reclassificação ou desclassificação, por parte da autoridade responsável pelo destinatário dessas matérias classificadas, a autoridade competente do Estado originador informará, com seis semanas de antecedência, o outro Estado Contratante da sua intenção.

**Artigo 6º**  
**Transmissão das Matérias Classificadas**

1. As Matérias Classificadas serão transmitidas de um país para outro, em princípio, por correio diplomático ou militar. A autoridade competente confirmará a recepção das matérias classificadas e encaminhá-las-á para o destinatário através de canais seguros.

2. Em relação a um projecto especificamente designado, as autoridades competentes podem acordar que as matérias classificadas, até ao grau SECRETO/GEHEIM inclusive, possam ser encaminhadas, através de outros canais, quando a transmissão por correio diplomático ou militar for impossível ou conduzir a atrasos inaceitáveis e que inviabilizem a execução do projecto.

3. Nos casos citados no número 2:

- a) O portador tem que estar credenciado num grau de classificação de segurança pelo menos equivalente ao que foi atribuído às matérias classificadas que transporta;
- b) Uma relação das matérias classificadas tem de ficar na posse da entidade expedidora; uma cópia desta relação será entregue ao destinatário para ser enviada à autoridade competente;
- c) As matérias classificadas devem ser embaladas de acordo com as normas que regulam o seu transporte no território nacional;
- d) As matérias classificadas têm que ser entregues mediante um recibo.

4. A autoridade de segurança responsável, quer pela agência que remete, quer pela destinatária, deverá, nos casos constantes no número 2 acima referido, passar um certificado de correio, que deverá ser transportado pessoalmente pelo portador.

5. Quando houver lugar ao transporte de grandes volumes de matérias classificadas, os meios de transporte, o percurso e a escolta necessária serão determinados, caso a caso, pelas autoridades competentes.

6. As matérias classificadas **RESERVADO/VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH** podem ser enviadas pelo correio para os destinatários situados no território do outro Estado Contratante.

**Artigo 7º**  
**Visitas**

1. Só com autorização prévia da autoridade competente do Estado Contratante a ser visitado é que os visitantes provenientes do território do outro Estado Contratante poderão, no território daquele, ser autorizados a ter acesso às matérias classificadas e às

instalações nas quais essas matérias estejam a ser tratadas. Essa autorização será concedida apenas a pessoas autorizadas, com base na necessária verificação de credenciação de segurança para ter acesso às matérias classificadas.

2. Os pedidos de visita serão submetidos, de acordo com as normas do outro Estado Contratante em cujo território esses visitantes pretendem entrar, à autoridade competente desse Estado Contratante. As autoridades competentes dos dois Estados Contratantes informar-se-ão reciprocamente acerca dos detalhes relativos a tais pedidos e assegurarão a protecção dos dados pessoais.

#### Artigo 8º

##### Quebras de Segurança e Comprometimentos

1. Sempre que não for possível excluir a possibilidade de divulgação não autorizada de matérias classificadas, ou sempre que se suspeite ou se conclua ter ocorrido tal divulgação, as quebras de segurança ou os comprometimentos de matérias classificadas num dos Estados Contratantes devem ser imediatamente comunicadas ao outro Estado Contratante.

2. As quebras de segurança e os comprometimentos serão investigados e desencadear-se-ão as acções judiciais adequadas pelas autoridades e tribunais competentes, de acordo com as leis e normas do Estado Contratante onde ocorreram. O outro Estado Contratante será informado dos resultados.

#### Artigo 9º

##### Despesas efectuadas com a Implementação das Medidas de Segurança

As despesas efectuadas pelas autoridades de um dos Estados Contratantes com a implementação das medidas de segurança não serão reembolsadas pelo outro Estado Contratante.

#### Artigo 10º

##### Autoridades Competentes

Os Estados Contratantes informar-se-ão reciprocamente acerca das autoridades responsáveis pela execução do presente Acordo.

**Artigo 11º**  
**Relação com outros Acordos**

Quaisquer acordos sectoriais, celebrados pelos dois Estados Contratantes, sobre medidas que regem a protecção de matérias classificadas, permanecerão válidos, salvo se as suas disposições estiverem em contradição com o constante do presente Acordo.

**Artigo 12º**  
**Consultas**

1. As autoridades competentes de cada um dos Estados Contratantes devem ter em conta, quando no território do outro Estado Contratante, as normas de segurança em vigor.
2. Para se assegurar uma cooperação estreita na execução deste Acordo, as autoridades competentes consultar-se-ão, mutuamente, sempre que uma dessas autoridades o solicitar.
3. Cada Estado Contratante permitirá, igualmente, que peritos de segurança do outro Estado Contratante visitem, sempre que exista acordo mútuo, o seu território nacional para debater com as suas autoridades de segurança as normas e os meios necessários para assegurar a protecção das matérias classificadas que tenham recebido.
4. Cada Estado Contratante prestará apoio aos peritos do outro Estado Contratante na apreciação das questões relativas à adequada protecção das matérias classificadas que lhe sejam transmitidas.

**Artigo 13º**  
**Entrada em Vigor e Revisão**

1. O presente Acordo entrará em vigor na data da recepção da última notificação, por escrito e por via diplomática, de que foram cumpridos os requisitos de direito interno de ambos os Estados Contratantes necessários para o efeito.
2. A partir da data referida no número 1, as disposições do Acordo aplicam-se igualmente às matérias classificadas trocadas anteriormente à sua entrada em vigor.
3. O presente Acordo pode ser objecto de revisão a pedido de qualquer dos Estados Contratantes. As alterações entrarão em vigor nos termos do número 1.

**Artigo 14°  
Vigência e Denúncia**

1. O presente Acordo vigorará por um período indeterminado e permanecerá em vigor até que um dos Estados Contratantes o denuncie, por escrito e por via diplomática, com uma antecedência mínima de seis meses.

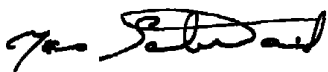
2. Em caso de denúncia, as matérias classificadas trocadas durante a vigência do Acordo, assim como aquelas resultantes de outros instrumentos contratuais, continuarão a ser tratadas em conformidade com as disposições estabelecidas pelo presente Acordo, mesmo se a sua transmissão se efectuar depois da denúncia do Acordo por qualquer um dos Estados Contratantes.

**Artigo 15  
Registo**

O Estado Contratante em cujo território o presente Acordo for assinado procederá, com a brevidade possível, após a sua entrada em vigor, ao registo junto do Secretariado da Organização das Nações Unidas, conforme o artigo 102° da Carta das Nações Unidas, devendo, também, notificar o outro Estado Contratante da conclusão deste procedimento e indicar o número de registo que lhe for atribuído.

Feito em Lisboa, aos 22 de Dezembro de 2004 em duplicado, nas línguas portuguesa e alemã, fazendo ambas igualmente fé.

Pela  
República Portuguesa



Pela  
República Federal da Alemanha



**Anexo ao Acordo entre a República Portuguesa e a República Federal da  
Alemanha sobre Protecção Mútua de Matérias Classificadas**

Em conformidade com o artigo 1º, número 2, as classificações de segurança têm as seguintes equivalências nos Estados Contratantes:

<b>República Portuguesa</b>	<b>República Federal da Alemanha</b>
<b>MUITO SECRETO</b>	<b>STRENG GEHEIM</b>
<b>SECRETO</b>	<b>GEHEIM</b>
<b>CONFIDENCIAL</b>	<b>VS-VERTRAULICH</b>
<b>RESERVADO</b>	<b>VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH</b>

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE PORTUGUESE REPUBLIC AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE MUTUAL PROTECTION OF CLASSIFIED INFORMATION

The Portuguese Republic and the Federal Republic of Germany, hereinafter designated the Contracting States,

Intending, in conformity with the basic principles and the minimum standards of security adopted by the North Atlantic Treaty Organization, to guarantee the security of all materials that have been classified by the competent authority of each Contracting State, or on its instructions, and that have been transmitted by the other Contracting State via the authorities or agencies expressly authorized for this purpose, whether for fulfilling the duties of public administration or in the context of other contractual instruments involving public or private entities of the two countries;

Desiring to establish security measures applicable to all negotiations, cooperation Agreements or other contractual instruments that entail the exchange of classified materials;

Have agreed as follows:

*Article 1. Definitions and comparability*

1. In the context of this Agreement, classified material is defined by the legal provisions of the Contracting States, as follows:

a) In the Portuguese Republic, "classified material" is defined by Resolution of the Council of Ministers to mean information, intelligence, materials or documentation that, if known to unauthorized individuals, would imperil national security, the security of allied countries, or that of organizations to which Portugal belongs, and is:

(i) top secret (*muito secreto*), if its knowledge by or disclosure to unauthorized persons could entail exceptionally severe consequences for the Portuguese Republic, allied nations, or organizations to which Portugal belongs;

(ii) secret (*secreto*), if its knowledge by or disclosure to unauthorized persons could have severe consequences for the Portuguese Republic, allied nations, or organizations to which Portugal belongs;

(iii) confidential (*confidencial*), if its knowledge by or disclosure to unauthorized persons could be prejudicial to the interests of the Portuguese Republic, of allied nations, or of organizations to which Portugal belongs;

(iv) restricted (*reservado*), if its knowledge by or disclosure to unauthorized persons could be disadvantageous to the interests of the Portuguese Republic, of allied nations, or of organizations to which Portugal belongs.

b) In the Federal Republic of Germany, "classified material" is defined by law to mean facts, objects or information in any form whatsoever that must be kept secret in the public



interest. It shall be classified by an official authority or on its instructions, in accordance with the level of protection required, and is:

(i) top secret (*streng geheim*), if its knowledge by unauthorized persons could threaten the existence or the vital interests of the Federal Republic of Germany or any of its states;

(ii) secret (*geheim*), if its knowledge by unauthorized persons could threaten the security of the Federal Republic of Germany or any of its states, or could cause serious damage to their interests;

(iii) confidential (*vs-vertraulich*), if its knowledge by unauthorized persons could cause damage to the interests of the Federal Republic of Germany or any of its states;

(iv) restricted (*vs-nur für den dienstgebrauch*), if its knowledge by unauthorized persons could be disadvantageous to the interests of the Federal Republic of Germany or any of its states.

2. The Contracting States agree that the security classifications have the equivalencies set forth in the Annex. The Annex is an integral part of this Agreement.

#### *Article 2. Domestic measures*

1. The Contracting States shall, within the framework of their national laws, take all appropriate measures to protect classified material that is transmitted pursuant to this Agreement or produced by a contractor under a contract involving classified material. The Contracting States shall afford such classified material security protection at least equal to that described by their domestic provisions for the security of their own classified material of the equivalent security classification.

2. Articles 3, 4, 6 (paragraphs 1 to 4) and 7 hereunder shall not apply to material classified as restricted.

3. The Contracting States shall not disclose classified material to third countries or to international organizations without the prior authorization of the authority that assigned the classification, and shall use such material exclusively for the purposes intended.

4. Access to classified material shall be limited to persons whose official duties necessitate knowledge thereof and who have been granted security clearance and are authorized to have such access. The standards for security clearance screening shall be no lower than those applied for access to domestic material classified at an equivalent level of security. Persons who have access to material classified CONFIDENTIAL or higher must in all cases have security clearance.

5. The Contracting States shall, within their respective territories, provide for the necessary security checks and ensure compliance with security regulations.

#### *Article 3. Classified contracts*

Where one Contracting State intends to award a classified contract to a contractor in the territory of the other Contracting State, or where it commissions a contractor in its territory to do so, it shall first obtain from the competent authorities of the other Contracting State a declaration attesting that the proposed contractor has been screened at the

corresponding level of security clearance and is in a position to guarantee adequate protection of the classified material. This declaration shall entail an obligation to ensure that the security measures used by the screened contractor are compatible with domestic secrecy protection laws and are subject to government scrutiny.

*Article 4. Execution of contracts involving classified material*

1. The authority responsible for the awarder of the contract shall ensure that each item of classified material transmitted or produced within the framework of the contract is assigned a security classification. At the request of the corresponding authority of the other Contracting State, it shall transmit to that authority a schedule of the security classifications of the classified material (Security Classification List). In this case, it shall at the same time inform the competent authority of the other Contracting State of the commitment that the contractor has given the awarder. The contractor shall observe the security standards of the government of his country in handling the classified material entrusted to him, and, if necessary, will give a corresponding declaration (Secrecy Protection Clause) to the competent authority of his country.

2. If the authority responsible for the contractor requests and receives a Security Classification List, it shall acknowledge receipt of the list in writing and forward it to the contractor.

3. The authority responsible for the contractor shall in any case ensure that, in observance of the Secrecy Protection Clause, the contractor treats the parts of the contract requiring secrecy protection as confidential material of his own State, at the level of security classification indicated in the Security Classification List provided to him.

4. In cases where the award of classified subcontracts is permitted by the competent authority, paragraphs 1 to 3 of this article shall apply, *mutatis mutandis*.

5. The Contracting States shall ensure that a contract involving classified material will not be awarded, and that work on those parts of a contract that require security protection will not begin, until the requisite security measures have been taken by the contractor or may be taken in a timely manner.

*Article 5. Marking*

1. The classified material conveyed shall, in addition, be marked or caused to be marked by the authority responsible for its recipient, with the equivalent domestic security classification.

2. Contract-related classified material produced or reproduced by the recipient shall also be marked with that classification.

3. Classified material shall be reclassified or declassified upon advice from the competent authority of the State of origin. To enable the authority responsible for the recipient to make such a change, the competent authority of the State of origin shall inform the other Contracting State six weeks in advance of its intention to reclassify or declassify the material.

*Article 6. Conveyance of classified material*

1. Classified material shall as a rule be conveyed from one State to the other by diplomatic or military courier service. The competent authority shall acknowledge receipt of the classified material and forward it to the recipient through safe channels.

2. The competent authorities may, in respect of a clearly defined project, agree that classified material, up to and including secret, may be conveyed by other means, when conveyance by diplomatic or military courier would be impossible or would lead to unacceptable delays that could jeopardize execution of the project.

3. In the cases referred to in paragraph 2:

a) The person conveying the material must have security clearance at a level at least equivalent to the classification of the material.

b) A list of the classified material must be retained by the sending entity; a copy of that list shall be delivered to the recipient for forwarding to the competent authority.

c) The classified material must be packaged in accordance with the regulations governing conveyance within the country.

d) The classified material must be delivered against a certificate of receipt.

4. In the cases described in paragraph 2 above, the security authority responsible for either the sending or the receiving agency shall issue a courier pass, which the person conveying the material must carry.

5. Where the classified material to be conveyed is of considerable bulk, the competent authorities shall decide the method of transport, the transport route and the escort requirements, case by case.

6. Confidential material classified as restricted may be sent by mail to recipients located in the territory of the other Contracting State.

*Article 7. Visits*

1. Visitors from the territory of one Contracting State shall have access in the territory of the other Contracting State to classified material or to installations where classified material is handled only with the prior permission of the competent authority of the Contracting State to be visited. Permission shall only be given to persons who have been screened and granted the appropriate security clearance.

2. Visitors shall apply to the competent authority of the Contracting State to whose territory they intend to travel, in accordance with the regulations of that State. The competent authorities of both Contracting States shall inform one another of the details of such applications and it shall ensure the protection of personal data.

*Article 8. Security breaches*

1. Where disclosure of classified material cannot be ruled out, or is suspected or discovered, any breach of security or compromising of classified materials in one of the Contracting States shall be reported to the other Contracting State without delay.

2. Breaches and suspected breaches of security shall be investigated and prosecuted by the competent authorities and courts of the Contracting State where they occurred, in accordance with its laws and regulations. The other Contracting State shall be informed of the outcome.

*Article 9. Security costs*

Costs incurred by the authorities of one Contracting State in implementing security measures shall not be reimbursed by the other Contracting State.

*Article 10. Competent authorities*

The Contracting States shall inform one another of the authorities responsible for implementation of this Agreement.

*Article 11. Relationship with other arrangements*

Sectoral arrangements between the Contracting States to regulate protection of classified material shall remain in force, provided their provisions do not conflict with this Agreement.

*Article 12. Consultations*

1. The competent authorities of each Contracting State shall take note of the security regulations in force in the territory of the other Contracting State.

2. In order to ensure close cooperation in implementation of this Agreement, the competent authorities shall consult with one another at the request of either side.

3. Each Contracting State shall permit security experts of the other Contracting State, if there is mutual agreement, to conduct visits in its territory in order to discuss with its security authorities its procedures and facilities for protecting any classified material they have received.

4. Each Contracting State shall assist the experts of the other Contracting State in assessing questions about the adequate protection of classified material transmitted to it.

*Article 13. Entry into force and amendments*

1. This Agreement shall enter into force on the date of delivery, by diplomatic channels, of the last written notification to the effect that the domestic conditions of each Contracting State required for this purpose have been met.

2. As of the date referred to in paragraph 1, the provisions of this Agreement shall also apply to classified material exchanged prior to its entry into force.

3. This Agreement may be amended at the request of either Contracting State. Such amendments shall enter into force under the terms of paragraph 1.

*Article 14. Duration and termination*

1. This Agreement is valid for an indefinite period, and shall remain in force until one of the Contracting States terminates it by written notice, delivered through diplomatic channels at least six months in advance.

2. In the event of termination, classified material exchanged during the period of validity of the Agreement, or pursuant to any other contractual instrument, shall continue to be treated in accordance with the provisions of this Agreement, even if it was transmitted after termination of the Agreement by one of the Contracting States.

*Article 15. Registration*

The Contracting State in whose territory this Agreement is signed shall register it, as promptly as possible after its entry into force, with the United Nations Secretariat, pursuant to Article 102 of United Nations Charter, and shall notify the other Contracting State when this procedure is completed, indicating the relevant registration number.

Done at Lisbon on 22 December 2004 in duplicate in the Portuguese and German languages, both texts being equally authentic.

For the Portuguese Republic:

For the Federal Republic of Germany:

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE PORTUGUESE REPUBLIC AND  
THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE MUTUAL PROTECTION OF  
CLASSIFIED INFORMATION

Pursuant to Article 1, Paragraph 2, the security classifications have the following equivalencies in the Contracting States:

Portuguese Republic		Federal Republic of Germany
MUITO SECRETO	(TOP SECRET)	STRENG GEHEIM
SECRETO	(SECRET)	GEHEIM
CONFIDENCIAL	(CONFIDENTIAL)	VS-VERTRAULICH
RESERVADO	(RESTRICTED)	VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

[TRANSLATION - TRADUCTION]

## ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE PORTUGAISE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROTECTION MUTUELLE DES INFORMATIONS CLASSIFIÉES

La République portugaise et la République fédérale d'Allemagne, dénommées ci-après les États contractants,

Ayant l'intention l'un et l'autre d'assurer, conformément aux principes fondamentaux et aux normes minimum de sécurité adoptés par l'Organisation de l'Atlantique Nord, la sécurité des informations classifiées échangées entre les instances officielles des deux États contractants, ou sur leurs instructions, et qui ont été transmises par l'autre État contractant via les instances ou agences expressément autorisées à cet effet, que ce soit dans le but de remplir des obligations d'administration publique ou dans le contexte d'autres documents contractuels impliquant des entités publiques ou privées des deux pays,

Désireux de créer une réglementation sur la sécurité, applicable à toutes les négociations, à tous les accords de coopération ou autres documents contractuels impliquant un échange d'informations classifiées,

Sont convenus de ce qui suit :

### *Article premier. Définition et comparabilité*

1. Au sens du présent Accord, les informations classifiées sont définies par les dispositions légales des États contractants comme suit :

a) En République portugaise, la notion d'"information classifiée" est définie par une résolution du conseil des ministres et recouvre les informations, les renseignements, les documents ou la documentation qui, s'ils étaient portés à la connaissance de personnes non autorisées, mettraient en péril la sécurité nationale, la sécurité des pays alliés ou celle d'organisations dont le Portugal fait partie. Ces informations classifiées sont :

(i) très secrètes (*muito secreto*), leur connaissance par des personnes ou leur divulgation à des personnes non autorisées pouvant avoir des conséquences extrêmement graves pour la République portugaise, les nations alliées ou les organisations dont le Portugal fait partie,

(ii) secrètes (*secreto*), leur connaissance par des personnes ou leur divulgation à des personnes non autorisées pouvant avoir des conséquences graves pour la République portugaise, les nations alliées ou les organisations dont le Portugal fait partie,

(iii) confidentielles (*confidencial*), leur connaissance par des personnes ou leur divulgation à des personnes non autorisées pouvant être préjudiciables aux intérêts de la République portugaise, des nations alliées ou des organisations dont le Portugal fait partie,

(iv) diffusion restreinte (*reservado*), leur connaissance par des personnes ou leur divulgation à des personnes non autorisées pouvant être contraire aux intérêts de la République portugaise, des nations alliées ou des organisations dont le Portugal fait partie,

b) En République fédérale, la notion d'"information classifiée est définie par la loi et recouvre les faits, les objets ou les informations sous quelque forme que ce soit qui doivent être tenus secrets dans l'intérêt public. Ces informations sont classifiées par une instance officielle ou sur ses instructions, conformément au niveau de protection requis, et sont :

(i) très secrètes (streng geheim) si le fait qu'une personne non autorisée en prend connaissance risque de menacer l'existence ou les intérêts vitaux de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états,

(ii) secrètes (geheim) si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de porter atteinte à la sécurité de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états ou de porter sérieusement atteinte à leurs intérêts,

(iii) confidentielles (vs-vertraulich) si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de porter atteinte aux intérêts de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états,

(iv) diffusion restreinte (vs-nur für den Dienstgebrauch) si le fait que des personnes non autorisées en prennent connaissance risque de nuire aux intérêts de la République fédérale d'Allemagne ou de l'un de ses états.

2. Les États contractants conviennent que les classifications en matière de sécurité ont les équivalences stipulées en annexe. Cette annexe fait partie intégrante du présent Accord.

#### *Article 2. Mesures nationales*

1. Les États contractants prendront, dans le cadre de leur législation nationale, toutes les mesures appropriées pour protéger les informations classifiées qui leur sont transmises en application du présent Contrat ou produites par la Partie contractante en vertu d'un contrat impliquant des informations confidentielles. Les États contractants conféreront à ces informations classifiées un niveau de protection au moins égal à celui spécifié par leurs dispositions nationales pour la sécurité de leurs propres informations classifiées d'un niveau de sécurité équivalent.

2. Les articles 3, 4, 6 (paragraphe 1 à 4) et 7 ci-dessous ne s'appliquent pas aux informations classifiées à diffusion restreinte.

3. Les États contractants s'abstiendront de divulguer les informations classifiées à des pays tiers ou à des organisations internationales sans l'autorisation préalable de l'autorité qui a attribué la classification, et utiliseront lesdites informations classifiées conformément à l'usage auquel elles sont destinées.

4. L'accès aux informations classifiées se limitera aux personnes dont les fonctions officielles nécessitent leur connaissance et qui ont reçu une habilitation et sont autorisées à y accéder. Les normes en matière de contrôle de l'habilitation ne seront pas d'un niveau inférieur à celles appliquées aux informations nationales classifiées à un niveau de sécurité équivalent. Les personnes ayant accès aux informations classifiées CONFIDENTIELLES ou à un niveau supérieur doivent dans tous les cas posséder une habilitation.

5. Les États contractants pourvoient, dans les limites de leur territoire respectif, aux contrôles de sécurité nécessaires et s'assurent de la conformité par rapport aux réglementations applicables en matière de sécurité.



*Article 3. Contrats classifiés*

Si un État contractant se propose d'accorder un contrat classifié à une partie contractante située sur le territoire de l'autre État contractant ou s'il charge une partie contractante située sur son territoire de le faire, il fera en sorte d'obtenir d'abord auprès des autorités compétentes de l'autre État contractant une déclaration attestant que la partie contractante proposée a fait l'objet d'un contrôle au niveau correspondant d'habilitation et est à même de garantir une protection adéquate des informations classifiées. Cette déclaration implique une obligation de s'assurer que les mesures de sécurité employées par la Partie contractante contrôlée sont compatibles avec la législation régissant la protection de la confidentialité et ont fait l'objet d'une analyse minutieuse de la part des instances gouvernementales.

*Article 4. Exécution de contrats impliquant des informations classifiées*

1. L'autorité responsable de l'adjudicataire du contrat s'assurera que chaque élément des informations classifiées transmises ou produites dans le cadre du contrat a reçu une classification de sécurité. À la demande de l'autorité correspondante de l'autre État contractant, elle transmettra à cette autorité une liste des classifications de sécurité des informations classifiées (Liste des classifications de sécurité). Dans ce cas, elle informera en même temps l'autorité compétente de l'autre État contractant de l'engagement ayant été pris par la partie contractante vis-à-vis de l'adjudicataire. La Partie contractante observera les normes de sécurité édictées par les instances gouvernementales de ce pays en matière de manipulation d'informations classifiées lui ayant été confiées et, si nécessaire, remettra une déclaration correspondante (Clause de protection de la confidentialité) à l'autorité compétente de son pays.

2. Si l'autorité chargée de vérifier si la Partie contractante demande et reçoit une Liste des classifications de sécurité, elle en accusera réception par écrit et l'enverra à la Partie contractante.

3. L'autorité responsable de la Partie contractante ne s'assure pas, dans le cadre du respect de la Clause de protection de la confidentialité, que la Partie contractante traite les parties du contrat exigeant une protection de la confidentialité comme des informations confidentielles de son propre État, au niveau de la classification de sécurité indiquée dans la Liste des classifications de sécurité qui lui a été fournie.

4. Dans les cas où l'attribution de sous-contrats classifiés est permise par l'autorité compétente, les paragraphes 1 à 3 du présent article s'appliquent, mutatis mutandis.

5. Les États contractants s'assurent qu'un contrat impliquant des informations classifiées n'est pas attribué, qu'aucun travail sur les parties d'un contrat exigeant une protection de la confidentialité n'est entamé avant que les mesures de sécurité de rigueur n'aient été prises par la Partie contractante ou soient prises dans les délais voulus.

*Article 5. Estampille*

1. Les informations classifiées qui sont transmises seront en outre estampillées par l'autorité responsable du destinataire en employant la classification de sécurité équivalente en usage dans son pays.

2. Les informations classifiées se rapportant à un contrat produites ou reproduites par le destinataire seront également estampillées conformément à cette classification.

3. Les informations classifiées seront reclassifiées ou déclassifiées dès réception d'un avis dans ce sens de l'autorité compétente de l'État d'origine. Pour permettre à l'autorité responsable du destinataire d'effectuer un tel changement, l'autorité compétente de l'État d'origine informera l'autre État contractant six semaines à l'avance de son intention de réclassifier ou de déclassifier les informations.

*Article 6. Transmission d'informations classifiées*

1. En principe, les informations classifiées seront transmises d'un État à l'autre par le courrier diplomatique ou militaire. L'autorité compétente en accusera réception et les acheminera par une voie sûre et protégée vers le destinataire.

2. Les autorités compétentes pourront, dans le cadre d'un projet bien déterminé, convenir que des informations classifiées jusqu'au degré de classification SECRET soient transmises par d'autres moyens lorsque la transmission par la voie du courrier diplomatique ou militaire s'avère impossible, voire entraînerait des retards inacceptables pouvant remettre en cause l'exécution du projet.

3. Dans les cas auxquels il est fait référence au paragraphe 2 :

a) La personne assurant le transport devra être habilitée à avoir accès aux informations classifiées d'un degré de classification équivalent,

b) L'expéditeur devra conserver un relevé des informations classifiées transportées. Un exemplaire de ce relevé sera remis au destinataire, qui le transmettra à l'autorité compétente de son pays,

c) L'information classifiée devra être emballée selon les normes en vigueur pour le transport de telles informations dans les limites du territoire national,

d) La remise de l'information classifiée devra s'effectuer contre accusé de réception.

4. Dans les cas décrits au paragraphe 2 ci-dessus, l'autorité de sécurité responsable de l'entité expéditrice ou destinatrice délivrera un laissez-passer valant autorisation de transport que la personne chargée du transport des informations classifiées devra porter sur elle.

5. Pour le transport d'informations classifiées représentant un certain volume, les autorités compétentes détermineront au cas par cas le moyen de transport, l'itinéraire et l'escorte.

6. Les informations classifiés jusqu'au degré de classification diffusion restreinte pourront être transmises par le courrier aux destinataires situés dans le territoire de l'autre Etat contractant.

*Article 7. Visites*

1. Les visiteurs en provenance du territoire d'un État contractant n'auront accès sur le territoire de l'autre État contractant aux informations classifiées et aux installations où de telles informations classifiées sont traitées qu'avec l'autorisation préalable de l'autorité compétente de l'État contractant visité. Cette autorisation ne sera accordée qu'aux personnes ayant fait l'objet d'une enquête de sécurité et habilitées à avoir accès aux informations classifiées.

2. Les visiteurs introduiront une demande auprès de l'instance compétente de l'État contractant visité sur le territoire de laquelle ils comptent voyager conformément à la réglementation de cet État. Les autorités compétentes des deux États contractants s'informeront mutuellement quant aux détails de ces demandes et s'assureront que les données à caractère privé sont protégées.

*Article 8. Atteintes à la sécurité*

1. Si une divulgation d'informations classifiées ne peut être empêchée, ou est présumée ou découverte, toute atteinte à la sécurité ou toute infraction compromettant des informations classifiées dans l'un des États contractants sera communiquée dans les plus brefs délais à l'autre État contractant.

2. Les atteintes à la sécurité et les atteintes supposées à la sécurité feront l'objet d'une enquête et seront poursuivies par les autorités et les tribunaux compétents de l'État contractant où elles se sont produites, conformément à la législation et à la réglementation nationales. L'autre État contractant sera informé de l'issue des démarches entreprises.

*Article 9. Frais liés à la sécurité*

Dans les rapports entre les Parties contractantes, les frais assumés par une autorité pour la mise en oeuvre de mesures de sécurité ne seront pas remboursés.

*Article 10. Autorités compétentes*

Les États contractants se communiqueront mutuellement les coordonnées des instances responsables de l'exécution du présent Accord.

*Article 11. Interrelations avec d'autres accords existants*

Les accords sectoriels conclus entre les États contractants et destinés à réglementer la protection des informations classifiées demeurent d'application pour autant que leurs dispositions n'entrent pas en conflit avec celles du présent Accord.

*Article 12. Consultations*

1. Les autorités compétentes de chaque État contractant prennent note des réglementations en matière de sécurité en vigueur sur le territoire de l'autre État contractant.

2. Pour assurer une étroite coopération dans le cadre de la mise en oeuvre du présent Accord, les autorités compétentes se concerteront à la demande de l'une d'entre elles.

3. S'il y a consensus sur ce point, chaque État contractant permettra à des experts en sécurité de l'autre État contractant d'effectuer des visites sur son territoire afin de discuter avec ses autorités de sécurité de ses procédures et installations de protection des informations classifiées qui lui ont été fournies.

4. Chaque État contractant prêtera son concours aux experts de l'autre État pour évaluer les questions qui se posent quant à la meilleure façon de protéger les informations confidentielles qui lui ont été transmises.

#### *Article 13. Entrée en vigueur et amendements*

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de la livraison, par la voie diplomatique, de la dernière notification écrite confirmant que les conditions locales de chaque État requises à cet effet sont remplies.

2. À la date à laquelle il est fait référence au paragraphe 1, les dispositions du présent Accord s'appliqueront également aux informations classifiées échangées avant son entrée en vigueur.

3. Le présent Accord peut être amendé à la demande de l'un ou de l'autre État contractant. Ces amendements entreront en vigueur aux conditions du paragraphe 1.

#### *Article 14. Durée et résiliation*

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée et restera en vigueur aussi longtemps qu'un des États contractants ne l'aura pas dénoncé, moyennant notification écrite signifiée par la voie diplomatique six mois au moins à l'avance.

2. Dans l'éventualité d'une dénonciation, les informations classifiées échangées pendant la période de validité de l'Accord, ou en vertu d'un autre document contractuel, continueront à être traitées selon les dispositions du présent Accord, même si ces informations ont été transmises après la résiliation de l'Accord par les États contractants.

#### *Article 15. Enregistrement*

L'État contractant sur le territoire duquel le présent Accord est signé sera enregistré aussi rapidement que possible après son entrée en vigueur auprès du Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, et avisera l'autre État contractant lorsque cette procédure sera terminée, en indiquant le numéro d'enregistrement correspondant.

Fait à Lisbonne, le vingt-deux décembre deux mille quatre, en deux exemplaires originaux rédigés dans les langues portugaise et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République portugaise :

Pour la République fédérale d'Allemagne :

ANNEXE À L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE PORTUGAISE ET LA  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROTECTION DES  
INFORMATIONS CLASSIFIÉES

Conformément à l'article 1, paragraphe 2, les classifications de sécurité ont les équivalences suivantes dans les États contractants :

République portugaise		République fédérale d'Allemagne
MUITO SECRETO	(TRÈS SECRET)	STRENG GEHEIM
SECRETO	(SECRET)	GEHEIM
CONFIDENCIAL	(CONFIDENTIAL)	VS-VERTRAULICH
RESERVADO	(DIFFUSION RESTREINTE)	VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH